

GovData

Startschuss ist gefallen

[17.10.2014] Der Startschuss für GovData – die Open-Data-Plattform für Deutschland – ist gefallen. Bund und Länder haben die entsprechende Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet. Zum neuen Jahr soll sie in Kraft treten.

Die Vereinbarung des Bundes und der Länder zum gemeinsamen Betrieb von GovData ist unterzeichnet. Damit ist der Startschuss für das Datenportal für Deutschland gefallen. Unterzeichnet haben Sachsen, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz und der Bund. Wie das Sächsische Ministerium der Justiz und für Europa meldet, dient die Vereinbarung der fach- und ebenenübergreifenden standardisierten Bereitstellung von Daten der öffentlichen Hand für Bürger und Wirtschaft über eine gemeinsam von Bund und Ländern getragene Infrastruktur. Sie schaffe die organisatorischen Voraussetzungen für die koordinierte Datenbereitstellung von Bund, Ländern und Kommunen über das nationale Open-Data-Portal. Mit der Vereinbarung stellen die Vertragspartner die Finanzierung des Portals und damit auch dessen kontinuierliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung sicher. Sie werde vorbehaltlich der Unterzeichnung durch weitere Länder am 1. Januar 2015 in Kraft treten. Sachsen plant, seine offenen Daten künftig über ein sächsisches Datenportal für Recherchen in GovData bereitzustellen. Das Portal ist ein Ergebnis des Steuerungsprojekts „Förderung des Open Government“. Dabei ist es Teil des Schwerpunktprogramms zur Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie des IT-Planungsrats sowie des Projekts Open Government der Bundesregierung. GovData trägt laut Ministeriumsangaben zur Erfüllung europäischer und internationaler Verpflichtungen zur Datenbereitstellung bei und soll perspektivisch Teil einer europäischen Dateninfrastruktur werden. Ein Prototyp von GovData ist bereits im Jahr 2013 gestartet ([wir berichteten](#)).

(ve)

Stichwörter: Open Government, Open Data, GovData, Bund, Sachsen, Berlin, Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz